



Katja Keul

Mitglied des Deutschen Bundestages
Parlamentarische Geschäftsführerin
Bundestagfraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN

Delegationsreise der Parlamentariergruppe für die Länder des Maghreb 27. Februar bis 08. März 2011

A l g e r i e n (27. Februar bis 03. März)

Die Reise begann am Sonntagmorgen und verlief ohne Bahnstreiks wie geplant. Bei der Landung in Algier gab es für mich die erste Überraschung beim Blick aus dem Fenster. Statt Staub, Sand und Armut war der erste Blick auf ein sattes, nasses Grün. Bei unserer Ankunft am späten Nachmittag regnete es in Strömen.

Der Flughafen von Algier macht einen modernen und freundlichen Eindruck. Bei der Busfahrt zum Hotel staune ich erneut über das viele Grün. Die meisten Wohnhäusern, auch die im sozialistischen Wohnblockstil gehalten, sind in der Regel freundlich weiß oder gelb gestrichen. Erst als wir uns dem Zentrum nähern, gibt es auch vermehrt heruntergekommene Häuser zu erkennen. Auffällig ist, dass die Stadt Algier mit 3,5 Mio. Einwohnern offensichtlich kurz vor dem Verkehrsinfarkt steht. Überall befinden sich die Autos auf den Straßen im Stau. Es erinnert ein wenig an die chaotischen Großstädte Europas Rom oder Paris. Unser Hotel liegt in direkter Nähe des Unabhängigkeitsdenkmals.

Der erste Termin ist das Abendessen beim Botschafter, Herrn Hoffmann, und seiner Frau. Herr Hoffman erwähnt, dass Algerien nicht gerade von Delegationen überrannt wird. Als Botschafter hat er überhaupt keinerlei Möglichkeiten, Kontakt zur lokalen Bevölkerung aufzunehmen. Er braucht für jede Ausfahrt eine Genehmigung und wird dabei auch eskortiert. 50 % seiner schriftlichen Anfragen bei algerischen Regierungsvertretern werden schlicht nicht beantwortet. Die Deutsch-Algerische Außenhandelskammer sieht er mehr als Durchlaufstation für Algerier, die sich auf einfachem Wege ein Visum für Deutschland beschaffen wollen. Umgekehrt erhalten kaum Ausländer Einreisevisa nach Algerien. Das Land hat sich nach wie vor völlig abgeschottet.

Die algerische Bevölkerung ist zu 70 % unter 30 und zu 50 % unter 20. Es herrscht vor allem Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit. Die Demonstrationen der vergangenen 3 Wochen waren allerdings eher kleiner als in den Medien berichtet. Es gäbe keinerlei Anzeichen für eine organisierte Opposition. Die Aufhebung des Ausnahmezustandes, der seit 1992 in Kraft war, ist dieses Wochenende erst eingetreten, obwohl er am Donnerstag bereits verkündet wurde. Dennoch bleiben sämtliche Demonstrationen im Stadtgebiet von Algier verboten. Die Analphabetenquote betrage nach unbestätigten Angabe etwa 30 %. Immer weniger junge Algerier würden überhaupt noch Französisch sprechen.



Katja Keul

Mitglied des Deutschen Bundestages
Parlamentarische Geschäftsführerin
Bundestagfraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN

2

Unser erster Vormittag beginnt relativ ruhig, da uns der Außenminister etwas warten lässt. Ich habe dann eben die Gelegenheit genutzt, das Hotel zu verlassen und spazieren zu gehen. Die jungen Frauen gehen hier westlich gekleidet und meist ohne Kopfbedeckung. Ich hatte nicht das Gefühl, in irgendeiner Weise durch meine Erscheinung Reaktionen zu provozieren. Das Wetter ist herrlich, der Regen hat aufgehört, wir haben eine strahlende Sonne. Ich fühle mich hier auf Anhieb nicht ansatzweise so eingeschränkt wie in den Ländern der arabischen Halbinsel. Auffallend ist hier wieder auch der deutliche Widerspruch zwischen völlig heruntergekommenen Behausungen und sehr modern wirkenden neuen Hochhäusern. Es ist zu erkennen, dass hier durchaus Geld - zumindest auf staatlicher Seite - vorhanden ist. Die neuen Häuser sind auf ein staatliches Investitionsprogramm zurückzuführen.

Der Außenminister war am Morgen in den Medien zitiert worden, dass er für die konsequente Begrenzung der Amtszeit des Präsidenten auf zwei Perioden sei und die Verlängerung auf Lebenszeit für Bouteflika schlicht ein Witz sei. Leider hatten wir aufgrund der Kürze des Gespräches, hier keine Gelegenheit nachzuhaken. In unserem Gespräch gab er im Wesentlichen die Regierungslinie vor. Danach unterscheidet sich die Entwicklung in Algerien von der in Tunesien und Libyen vor allen Dingen dadurch, dass hier seit 1988 bereits Pluralismus gelebt würde. In den Jahren der Öffnung sei es zur Gründung von 21 Parteien, die heute im Parlament seien, gekommen. 3 von diesen Parteien sind an der Regierung beteiligt. Es gäbe eine Presse- und Meinungsfreiheit. Nur in Bereichen Radio und Fernsehen sei noch Aufholbedarf. Dies würde demnächst nachgeholt. Die Gewährleistung der Sicherheit von Personen und Gütern sei inzwischen soweit gediehen, dass man erst kürzlich den Ausnahmezustand aufheben habe können. Ein weiterer Unterschied zu Tunesien sei, vor allem die gute staatliche Finanzlage. Insgesamt verfügt der Staat Algerien über einen Devisenfonds von 150 Mrd. Dollar. Diese würde man jetzt in den Beschäftigungssektor und den Wohnungsbau investieren. Den Fünfjahresplan 2010 – 2015 würde man voraussichtlich nicht nur einhalten, sondern übertreffen. Die Diversifizierung der Wirtschaft käme gut voran. Das durchschnittliche Wirtschaftswachstum läge bei 5 %, das Wachstum außerhalb des Energiesektors sogar bei 9 %. Auf die Frage, was sich die Algerier in Zukunft von Deutschland oder Europa zukünftig erhoffen würden, antwortet er mit dem Wunsch nach einer größerer Visafreiheit. Die Jugend habe ein großes Bedürfnis, auch über den Mittelmeerraum reisen zu dürfen. Es gäbe schließlich ein Menschenrecht auf Freizügigkeit. Dieser Wunsch des Ministers ist bemerkenswert, da Algerien selbst keine Touristenvisa erteilt und Europäer daher selbst kaum nach Algerien reisen können.

Auf der anschließenden Fahrt zu dem Restaurant, wo wir uns mit den Vertretern der Zivilgesellschaft treffen, sehen wir viel von den fantastischen Gebäuden am Boulevard. Sowohl die Palmen als auch die französische Gebäudefront erinnert doch stark an die

2



Katja Keul

Mitglied des Deutschen Bundestages
Parlamentarische Geschäftsführerin
Bundestagfraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN

3

französische Cote d'Azur, nur das hier alles etwas verfallen wirkt. Es ist nur schwer nachzuvollziehen, warum die Regierung das Land nicht für den Tourismus öffnen will, da hier sicherlich großes Potential wäre. Mit fantastischem Seepanorama genießen wir ein mehrgängiges Fischmenü und unterhalten uns dabei mit dem führenden Oppositionsvertreter im Parlament, Herrn Dr. Said Sadi, sowie der Frauenrechtlerin Sabrina Ouared und der Mutter eines Verschwundenen, Madame Nassera Dutour.

Der Oppositionsvertreter schildert uns noch einmal eindrücklich, wie die Samstagsdemonstrationen durch ein Überangebot von Polizei und Sicherheitskräften in und um Algier unterdrückt werden. Allein die Studentenviertel sind samstags regelrecht umzingelt. Hier hatten die Demonstranten also bisher keine wirkliche Chance sich zu artikulieren. Radio und Fernsehen seien fest in staatlicher Hand. Er würde dort keine Statements mehr abgeben. Selbst wenn er nichts sagt, wird am Abend ein manipuliertes Statement von ihm gesendet, wo er das Gegenteil von dem sagt, was er wirklich gesagt hat. Auch die Pressefreiheit sei in den letzten Jahren immer weiter zurückgefahren worden. Die Regierung würde sich nicht den Realitäten stellen. Man müsse auch berücksichtigen, dass es sich dabei um eine Minderheitsgeneration von 70- bis 80-Jährigen handelt, in einer Gesellschaft, in der 70 % unter 30 Jahre alt ist. Er hat uns außerdem Bilder vom letzten Samstag mitgebracht, wo zu sehen ist, welche Verletzungen Oppositionspolitiker erlitten haben, und wie er selbst daran gehindert wird, eine Rede zu halten. Er bestätigt die Einschätzung des Auswärtigen Amtes, dass ein entscheidender Unterschied zu Tunesien darin läge, dass schon in den letzten Jahren überall im Land kleinere Demonstrationen stattgefunden haben. Es sei also kontinuierlich immer ein wenig Dampf aus dem Kessel gelassen worden. Er gehe deshalb nicht davon aus, dass sich in Kürze eine Massenbewegung wie in Tunesien ereignen wird. Allerdings befürchtet er, dass die algerische Gesellschaft mehr oder weniger „implodieren“ könnte, wenn die Regierung nicht endlich wieder einen Bezug zur jugendlichen Bevölkerung herstellt.

Madame Ouared schildert, wie sie sich seit 1992 für die Rechte von Frauen und Kindern in Algerien einsetzt. Sie schildert uns das algerische Familienrecht, dass keine Gleichberechtigung kennt. Trotz einiger Verbesserungen im Jahr 2005, ist es nach wie vor so, dass alle erwachsenen Frauen unter der Vormundschaft entweder des Vaters, des Bruders oder des Ehemannes stehen. Es gäbe zwar so etwas wie eine Scheidung, das Scheidungsrecht ist allerdings sehr einseitig. Die Frau kann sich nur scheiden lassen, wenn sie nachweist, dass der Mann sie misshandelt hat. Sie hat keinerlei Bestimmungsrecht in Erziehungsfragen der Kinder. Auch ist es für geschiedene Frauen sehr mühsam Unterhalt zu bekommen, sodass sie in der Regel in unwürdigen Verhältnissen dahinvegetieren. Die algerische Gesellschaft sei insgesamt sehr konservativ und patriarchalisch eingestellt. Leider sei diese Haltung auch unter den Frauen selbst verbreitet. Besonders betrübt macht sie, dass

3



Katja Keul

Mitglied des Deutschen Bundestages
Parlamentarische Geschäftsführerin
Bundestagfraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN

4

gerade die Jugend auch heute noch diese patriarchalische Einstellung habe. Es sei also noch ein langer Weg zu Gleichberechtigung der Frau in Algerien.

Madame Ouared weist noch darauf hin, dass das allergrößte Problem mit dem sie kämpfen, die Gewalt in der Familie, die Gewalt gegen Frauen aus allen sozialen Schichten ist. Erst seit kurzem ist es möglich, über dieses Thema zu reden, das lange Zeit mit einem Tabu belegt gewesen sei.

Madame Nasseria Dutour schildert uns, wie ihr Sohn 1997 von Sicherheitskräften verhaftet wurde und dann nie wieder auftauchte. Sie hat jahrelang, in allen Ecken des Landes, allen Gefängnissen und Krankenhäusern und auch in den Totenakten nach ihm gesucht. Hiervon sind zehntausende Familien in Algerien betroffen. Man hat im Zuge der Versöhnungspolitik eine allgemeine Amnestie für die Täter des Terrors erlassen. Dennoch könne ihrer Auffassung nach keine Versöhnung stattfinden, wenn nicht auch Aufklärung über den Verbleib der Verschwundenen erfolge. Auch Madame Ouared weist noch einmal darauf hin, dass die algerische Gesellschaft nach wie vor von dem Terror der 90er Jahre traumatisiert sei. Eine Trauerarbeit sei erforderlich. Dies setze allerdings voraus, dass die Bevölkerung erfährt, was geschehen ist. Alle drei stimmen überein, dass der Staat seine finanzielle Mittel einsetzt, um sozialen Frieden dort zu erkaufen, wo es gerade brennt. Für die Jugendlichen sei nicht zu erkennen, dass wirtschaftliche Sicherheit durch Arbeitsleistung erlangt werden kann. Vielmehr führen Korruption und Willkür dazu, dass einzelne in der Gesellschaft erheblichen Reichtum anhäufen.

Uns fällt auf, dass in dem nahezu leeren Restaurant ein einziger Tisch am Fenster von einem Geschäftsmann belegt ist. Dieser telefoniert auch während unseres Gespräches. Ich höre unter anderem auch das Wort ‚Bundestag‘ heraus. Unsere Gesprächspartner lassen sich davon allerdings nicht beeindrucken.

Nach diesem ausführlichen Mittagessen fahren wir wieder mit dem Bus und unseren Begleitmotorrädern durch die völlig verstopften Straßen Algiers zum Energieministerium. Es geht ausschließlich im Gegenverkehr voran, den die Motorräder vor uns mit der Hand zur Seite winken. Da der Minister leider keine Zeit hat, wird er von seinem Vertreter Monsieur Hanifi vertreten. Die algerische Regierung hat den Öl- und Gasmarkt 2005 grundsätzlich auch für ausländische Investoren geöffnet. Voraussetzung ist allerdings, dass stets 51 % der Unternehmungen in algerischer Hand bleiben. Der algerische Staat hat eine Agentur gegründet, die ausländische Investoren anwerben und Vorstudien in Auftrag geben soll. Insgesamt gibt es riesige unerschlossene Gas- und Ölfelder. Algerien ist derzeit der viertgrößte Gasexporteur, wobei die Hälfte der Exporte nach Italien gehen. Algerien beabsichtigt im Bereich der Petrochemie zu investieren. Dabei geht es vor allem um die Herstellung von Plastik und Dünger. Außerdem soll in erneuerbare Energien investiert

4



Katja Keul

Mitglied des Deutschen Bundestages
Parlamentarische Geschäftsführerin
Bundestagfraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN

5

werden. Ziel sei es, 40 % des Stromes durch Solarenergie zu produzieren. Es gäbe ein Projekt (ähnlich wie in Mazdar City, VAE) welches sich allerdings noch im Planungsstadium befindet. Dabei soll 800 km südlich von Algier eine emissionsfreie Stadt für 80.000 Einwohner entstehen.

Das Projekt ‚Desertec‘ hält man hier noch für unausgegoren, in einem „embryonalen“ Stadium. Voraussetzung für die Umsetzung von Desertec sei, dass alle Bauteile ebenfalls hier im eigenen Land hergestellt werden müssten. Auch in Geothermie und Windenergie sowie in Gebäudedämmung und Kraft-Wärme-Kopplung soll in Zukunft investiert werden. Auf Nachfrage erklärt er noch einmal, dass auch alle Energieleitungen und Leitungsnetze 100 % in staatlicher Hand verbleiben sollen.

Das Abendessen mit den Vertretern der deutschen Entwicklungshelfer fand im Privathaus der ständigen Vertreterin der deutschen Botschaft statt. Von der Straße aus ist in Algier überhaupt nicht zu erahnen, dass hinter den hohen Mauern wunderschöne kleine Villen mit arabischen Fliesen im Hinterhof und im Vorhof existieren. Die ständige Vertreterin selbst ist derzeit seit 2,5 Jahren im Land und schildert noch einmal eindrücklich den Stillstand und die Lähmungen der letzten 2 Jahre. Ebenso wie der Botschafter hat auch sie kaum Möglichkeiten ins Land hinaus zu fahren und sich selbst ein Bild von der Entwicklung der Gesellschaft zu machen. Sie schildert ebenfalls die Undurchsichtigkeit der Gesellschaft. Von der Leiterin des Wirtschaftsprojektes der GIZ höre ich, dass es kaum einen Mittelstand in Algerien gibt. Es wird versucht, Handwerk, vor allem das Kunsthandwerk, welches vorhanden ist, entsprechend zu fördern. Auch die Landwirtschaft läge völlig danieder. Inzwischen wird wieder Obst und Gemüse angebaut. Der Leiter der GIZ schildert die Einschränkungen in der Mobilität im Land. Er kann sich allerdings deutlich freier bewegen als der Botschafter, da er nicht an das Protokoll gebunden ist. Da die Entwicklungshilfe davon lebt, dass die Projekte die gefördert werden, auch vor Ort besucht werden, kommt er durchaus auch in entlegene Regionen. Gewisse Gegenden wären allerdings doch grundsätzlich zu vermeiden, aufgrund der Entführungsgefahr.

Ich frage an diesem Abend mehrfach nach der Analphabetenrate von 30 %. So genau kann diese Zahl niemand wirklich bestätigen. In den Großstädten im Norden gehen doch wohl überwiegend alle Kinder zur Schule. Die Frage ist wohl eher die Dauer und die Qualität der Schulbildung. Viele Jugendliche sind weder der arabischen noch der französischen Sprache im Schriftlichen wirklich mächtig. Die Kulturbeauftragte des Auswärtigen Amtes berichtet, dass das Goetheinstitut zwar 2000 wieder aufgemacht hat – seitdem allerdings nach wie vor ohne rechtliche Grundlage existiert. Bis heute gibt es kein gültiges Kulturabkommen zwischen Algerien und Deutschland, welches Grundlage eines Studenten- oder Dozentenaustausches wäre. Warum der akademische Austausch derzeit brach liegt, ist nicht

5



Katja Keul

Mitglied des Deutschen Bundestages
Parlamentarische Geschäftsführerin
Bundestagfraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN

6

wirklich nachzuvollziehen. Die algerische Regierung äußert zumindest ein Interesse an einem solchen Austausch. Der DAAD verhält sich derzeit eher zurückhaltend. Es gibt keine deutschen Lehrer oder Dozenten in Algerien. Es gibt an der Universität in Oran eine DAAD-Dozentin. Insgesamt werden allenfalls 10 Stipendiaten aus Algerien für Promotionen in Deutschland gefördert. Ich habe den Eindruck, dass hier möglicher Weise Handlungsbedarf seitens der Deutschen Bundesregierung besteht. Immerhin handelt es sich inzwischen bei Algerien um das größte Land Afrikas, das in einer entscheidenden Umbruchphase steht. Die schulische und wissenschaftliche Ausbildung der überwiegend jungen Bevölkerung erscheint mir daher von enormer Bedeutung für die Stabilität der Region. Möglicher Weise sollte hier eine parlamentarische Initiative im Bundestag auf den Weg gebracht werden. Erneut wird mir auch in den abendlichen Gesprächen deutlich, wie sehr der Bürgerkrieg der 90er Jahre, die hier in der Regel als die ‚Schwarzen Jahre‘ bezeichnet werden, das Land zurückgeworfen hat. Meine früheren Kindheitserinnerungen aus den Jahren 1972-1975 in Mostaganem mögen nicht sonderlich maßgebend sein. Aber auch meine Gesprächspartner bestätigen, dass das Land in den 70er Jahren bereits weiter war. Sowohl im Bildungsbereich auch im kulturellen Austausch. Immer wieder höre ich von der Traumatisierung der Bevölkerung durch die so genannten ‚Schwarzen Jahre‘, die Entwicklung und das Engagement lähmt. Dennoch mag keiner die Prognose dafür abgeben, wie sich die nächsten Wochen und Monate in Algerien entwickeln werden. Keiner vermag auszuschließen, dass auch hier die unter der Oberfläche brodelnden Spannungen in irgendeiner Form zu Tage treten könnten. Der Dienstag, 1. März 2011, begann mit dem Lesen der Zeitung. Es gibt hier eine nicht sehr große aber durchaus kritische Zeitung ‚El Watan‘. In dieser war von Studentenprotesten überall im Land zu lesen. Da hieß es, alle Grandes Ecoles und Universitäten seien seit Montag offiziell im Streik und würden ggf. damit drohen, in den Hungerstreik zu treten. In der östlichen Stadt Bijair gab es angeblich tausende Demonstranten. Die Schüler und Studenten hätten sich teilweise mit den Lehrern zusammengeschlossen.

Der erste Termin des Tages war der Besuch bei dem Präsidenten des Parlamentes. Er stellte uns das Parlament vor. Es gibt insgesamt 389 Abgeordnete mit 21 Parteien, die sich in 6 größere politische Gruppen einteilen. Das Parlament besteht aus insgesamt 12 Ausschüssen. Die Vorsitzenden der Ausschüsse werden im Konsensprinzip verteilt. Im Zweifelsfall überstimmt die Mehrheit die Opposition. Es gibt ein neunköpfiges Präsidium, das bis auf den Präsidenten jährlich neu besetzt wird.

Auch in diesem Gespräch geht es erneut um das wichtigste Thema, die Jugendarbeitslosigkeit im Lande. Wir erfahren, dass von 35 Mio. Einwohnern 10 Mio. Studenten und Schüler sind, davon 1,5 Mio. Studenten. Das Problem der Arbeitslosigkeit, besonders beim akademischen Nachwuchs, lasse sich auch nicht durch die großzügige Sozialpolitik nachhaltig beseitigen. In Algerien sind sämtliche Universitäten und Ausbildungen kostenfrei. 60 % der Studenten wohnen zudem gratis in

6



Katja Keul

Mitglied des Deutschen Bundestages
Parlamentarische Geschäftsführerin
Bundestagfraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN

7

Studentenwohnheimen. Um die Infrastruktur zu verbessern und Arbeitsplätze zu schaffen, werde man im Rahmen des Fünfjahresplanes bis 2014 300 Mrd. Euro von Staatsseite investieren. Die Wirtschaft wachse zwar erfreulich beständig – allerdings würde man seit 2001 erst einmal die verlorenen 90er Jahre aufholen müssen. Im Vergleich zu den Bewegungen in den anderen arabischen Ländern schildert auch der Präsident erneut den Vergleich mit der Bewegung in Algerien 1988/89. Es heißt immer wieder, Tunesien und Ägypten seien dort, wo Algerien 88/89 gewesen sei. Allerdings, so der Präsident, fiel diese Phase der politischen Liberalisierung in eine Phase der Wirtschaftskrise und nicht in eine Phase des Wirtschaftswachstums. Man war schlecht vorbereitet und es habe ungeordnete Reaktionen gegeben. Ab 1991 fiel Algerien dann in eine zehnjährige Katastrophe. In dieser Zeit fühlten sich die Algerier von dem Rest der Welt allein gelassen. Er hofft nun, dass die Europäer in Algerien mehr investieren werden. Vor allem in erneuerbare Energien, Tourismus und Landwirtschaft.

Zurück zum Parlament erklärt er, die Frauenquote sei unzureichend. Es gäbe nur 30 Frauen im Parlament. Man habe jedoch bereits einen Verfassungsauftrag eingesetzt und eine Quote zur Förderung der Frauen in der Politik sei derzeit in der Diskussion. Anschließend treffen wir im Parlament die Deutsch-Algerische-Freundschaftsgruppe, in der auch Oppositionsabgeordnete vertreten sind. Der Oppositionsabgeordnete äußert deutliche Kritik an der Regierung. Er sagt, Algerien stehe vor einem großen Umbruch. Die Jugend erwarte einen radikalen Wechsel. Die Proteste würden weitergehen. Was die Studenten derzeit so empöre, sei die Änderung der Universitätsabschlüsse vom Diplom zum Master. Diejenigen die bereits 5 Jahre auf ein Diplom studiert haben, werden dabei stark benachteiligt.

Ein weiterer Abgeordneter äußert Abneigung gegen Frankreich und Italien in erstaunlich deutlichen Worten. Die Botschaft war klar: Sowohl die Franzosen als auch die Italiener hätten sie schwer enttäuscht. Nun hoffen sie auf Deutschland. Er schildert uns auch die schlechten Erfahrungen mit den USA in den 70er und 80er Jahren, wo man in Flüssiggas investiert habe und dann völlig von den USA abhängig war. Um letztlich nicht unter Preis verkaufen zu müssen habe man das Flüssiggas wieder in die Wüste gepumpt.

Die angesprochene weibliche Abgeordnete spricht sich gegen eine Frauenquote ist. Sie wolle keine Quotenfrau sein. Die Diskussion ist hier auch unter den Frauen offensichtlich erst am Anfang.

Als nächstes treffen wir den Wirtschaftsausschuss. Dieser Ausschuss hat nicht nur eine weibliche sondern auch eine schwarze Vorsitzende, die dazu auch noch relativ jung ist. Die Vorsitzende spricht in ihrem Eingangsstatement insbesondere von der Förderung der erneuerbaren Energien. In den nächsten 5 Jahren solle 60 Mrd. für die Forschung im Rahmen

7



Katja Keul

Mitglied des Deutschen Bundestages
Parlamentarische Geschäftsführerin
Bundestagfraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN

8

von Desertec investiert werden. Auch wird hier wieder der Wunsch nach einem stärkeren Austausch der Studenten geäußert.

Erstmals hören wir an dieser Stelle von einem angeblich problematischen Wasserverbrauch durch Desertec in der Wüste. Ein Vertreter der Tuareg aus der Sahara schildert uns, dass für die Zukunft Wasser aus ihrer Sicht ein größeres Problem sei, als Gas und Öl. Gas und Öl habe man in seiner Heimatregion ausreichend. Er befürchtet, dass die solarthermischen Kraftwerke von Desertec noch mehr Wasser verbrauchen würden bzw. dann statt Trinkwasser Wasser für die Anlagen transportiert würde. Wir sind an dieser Stelle alle relativ überrascht, werden der Sache aber weiter nachgehen.

Beim Mittagessen mit der GIZ hören wir noch über die Probleme mit den hiesigen Behörden, die keinerlei kontrolliertes Wissensmanagement betreiben und keinerlei gemeinsame Software einsetzen. Das Wissen ist hier rein personenbezogen vorhanden. Ist die Person weg, ist auch das Wissen weg. Das sei den Algeriern einerseits bewusst, andererseits wollen sie auch nicht zu viel von ihrem Wissen teilen. Ein organisiertes Wissensmanagement würde eben auch bedeuten, die Macht über das Wissen zu teilen.

Von der GIZ geht es weiter zum Senat, der 2. Kammer des algerischen Parlamentes. Diese besteht aus 144 Abgeordneten, die zu einem Drittel ernannt und zu zwei Dritteln von den Regionalparlamenten gewählt wird. Zur Begründung dieser Regelung erklärt uns der Präsident: freie Wahlen seien ja gut und schön, aber manchmal brächten sie Ergebnisse, die man sich nicht unbedingt gewünscht habe und daher sei eben ein ausgleichendes Gegengewicht erforderlich.

Wir fahren weiter zur AHK, wo wir ein kurzes Briefing über die wirtschaftliche Situation Algeriens erhalten. Der algerische Staat ist fast schuldenfrei und verfügt über Devisenreserven von 160 Mrd. Dollar. Viele Unternehmen, insbesondere Öl und Gas, sind immer noch in staatlicher Hand. Anders ist es zum Beispiel im Lebensmittelbereich. Inzwischen ist China der zweitgrößte Lieferant von Importen nach Algerien, gleich nach Frankreich. Da die chinesischen Unternehmen auch Arbeitskräfte mitbringen, leben inzwischen auch 25.000 Chinesen in Algerien. Der Wettbewerbsvorteil der Chinesen sei die Tatsache, dass sie nicht nur schnell, sondern auch billig produzieren. Die Lieferungen aus Deutschland seien leider rückläufig. Die Algerier legten große Investitionen für Förderprogramme aus eigenen staatlichen Mitteln auf. Der größte Sektor seit 2004 sei neben dem Energiesektor der Bausektor, der sich allerdings auch in staatlicher Hand befindet.

Von der Außenhandelskammer fahren wir zum Industrieminister. Er wird Vizepräsident der neu gegründeten gemischten Kommission sein, die das erste Mal am 8. März in Berlin tagt.

8



Katja Keul

Mitglied des Deutschen Bundestages
Parlamentarische Geschäftsführerin
Bundestagfraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN

9

Er schildert uns, dass die Industrieanlagen überwiegend aus den 70er Jahren stammen und mit deutscher Hilfe gebaut wurden. Die Krise Algeriens sei unter anderem in den 80er Jahren durch den Einbruch des Ölpreises ausgelöst worden. Algerien stütze sich weiter auf den öffentlichen Sektor und suche Partner wie Deutschland. Es habe schon mehrere Jointventures mit der deutschen Autoindustrie gegeben. Immerhin läge das Wirtschaftswachstum inzwischen über dem Bevölkerungswachstum. Allerdings könne die lokale Produktion mit dem Wirtschaftswachstum noch nicht mithalten. Stattdessen seien schlicht die Importe gestiegen. Es gehe für Algerien nunmehr darum, Arbeitsplätze zu schaffen.

Ich frage ihn nach den Plänen für die Entwicklung des Tourismus und betone dabei die Schönheit des Landes, was dazu führt, dass er mir im Anschluss an das Gespräch einen wunderschönen Bildband über Algerien überreicht, den ich mit Freude annehme. Zur Frage der Sicherheit, äußert er die verbreitete Auffassung, dass die 90er Jahre eben kein Bürgerkrieg gewesen wären, sondern ein Kampf gegen den Terrorismus. Die restliche Welt habe dies allerdings erst nach dem 11. Sept. 2001 begriffen.

Beim Abendessen treffen wir dann Vertreter der deutschen Wirtschaft in Algerien. Der Firma KRAFT-Anlagen, Ferrostahl und den Leiter von Siemens in Algerien. Alle stellen ihre Projekte im Land vor. Wichtigste Botschaft des Abends ist, dass sie sich seitens der Wirtschaft mehr Unterstützung durch die deutsche Regierung und die deutsche Politik wünschen. Dies würden die anderen europäischen Konkurrenten viel stärker einsetzen. Die algerische Seite würde dies auch als sehr wichtig einstufen, da auch in Algerien selbst, letztlich die Politik die entscheidenden wirtschaftlichen Investitionen pusht. Wer also als Europäer nicht mit einem Regierungsvertreter aufwarten kann, ist gegenüber seinem europäischen Kollegen, der beispielsweise von Sarkozy unterstützt wird, unterlegen.

Am Mittwoch, 2. März 2011 hatten wir Gelegenheit die Stadt ein wenig zu besichtigen. Wir haben zunächst die Kathedrale Notre Dame d'Afrique besucht. Von dort oben hatte man einen herrlichen Blick über die gesamte Bucht von Algier. Anschließend hatten wir die Gelegenheit die Altstadt, die so genannte Kasbah, die als Weltkulturerbe eingestuft wird, zu Fuß zu durchqueren. Die Kasbah stammt aus der türkischen Zeit des 16. Jahrhunderts. Sie war berühmt dafür, dass alle Häuser dort weiß strahlten. Von den ursprünglich 1.800 Häusern sind nur noch 600 übrig. Ein Teil sei bei dem Erdbeben 2003 zerstört worden. Der größte Teil ist jedoch schlicht dem Verfall erlegen. In den entsprechenden Lücken der Häuserfronten spielen die Kinder Fußball oder arbeitslose Jugendliche sitzen in der Sonne. Sollte hier nicht ganz schnell Instandhaltungsarbeiten einsetzen, kann wohl kaum etwas von den historischen Gebäuden gerettet werden. Das größte Problem von Algier ist schlicht die Überbevölkerung. Die Stadt platzt aus allen Nähten. Es gibt nicht genug Wohnraum und die

9



Katja Keul

Mitglied des Deutschen Bundestages
Parlamentarische Geschäftsführerin
Bundestagfraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN

10

Straßen sind permanent völlig verstopft. Seit der Unabhängigkeit 1962 hat sich die Stadt verzehnfacht von 300.000 Einwohnern auf 3 Mio. Einwohner.

Mittags sind wir in der Residenz des Botschafters zum Essen eingeladen, ebenso wie drei Vertreter der christlichen Kirche in Algerien. Diese berichten uns von den Schwierigkeiten bei der Religionsausübung. Religionsfreiheit existiere in diesem Sinne nicht. Andere als islamische Religionen sind per Gesetz darauf verwiesen nur in dafür vorgesehenen öffentlichen Gebäuden Gottesdienste zu veranstalten. Da kaum noch Kirchen existieren im Land ist dies entsprechend schwierig. Die Christengemeinde in Algerien bestand schon immer überwiegend aus Ausländern. Da spätestens in den 90er Jahren die meisten verbliebenen Ausländer das Land verlassen haben, gibt es keine wesentliche Anzahl mehr von Christen im Land. Am Nachmittag nutze ich die verbleibende Zeit zu einem Spaziergang durch den neben dem Hotel gelegenen Botanischen Garten. Auch am 4. Tag meines Aufenthaltes in diesem Land bin ich von dem Grün der Pflanzenwelt immer noch fasziniert.

M a r o k k o (04.bis 06. März)

Der heutige Tag begann mit der Reise von Algier nach Casablanca. In Casablanca haben wir unmittelbar nach unserer Ankunft die GIZ besucht. Wir haben etwas erfahren, über den Unterschied zwischen formellen und informellen Gewerbetreibenden und über die Pläne der Regierung die Steuersätze zu senken und eine Steueramnestie zu erlassen, damit sich mehr Unternehmen auch beim Finanzamt anmelden. Das Problem hörte sich irgendwie vertraut an. Ziel der Entwicklungszusammenarbeit sei es, dafür zu sorgen, dass die Unternehmen möglichst viele Arbeitsplätze schaffen. Es gehe also in erster Linie nicht darum, die Produktivität zu steigern. Insgesamt erreicht die deutsche Entwicklungshilfe etwa 200 bis 300 Unternehmen im Jahr und gibt dafür etwa 1,5 Mio. Euro aus. Bei dem letzten Projekt, welches gerade abgeschlossen wurde, ging es um die Einführung einer Berufsausbildung in der Bekleidungsindustrie. Dabei wurden bis heute 4.000 Absolventen ausgebildet, von denen 90 % im Unternehmen übernommen wurden. Dieses Projekt ist nun ausgelaufen, so dass die Marokkaner es auf eigene Kosten fortführen werden. Die beiden größten Branchen sind die Bekleidungsindustrie und der Tourismus. Anschließend haben wir uns dann die Firma Idex, ein großer Bekleidungshersteller mit etwa 2.000 Angestellten angesehen. Zur Begrüßung erhielten wir einen zwanzig Minuten dauernden Werbefilm. Beim Durchgehen durch eine kleine Produktionshalle versuchte ich mit einer Arbeitnehmerin, die ungeschützt mit Farben

10



Katja Keul

Mitglied des Deutschen Bundestages
Parlamentarische Geschäftsführerin
Bundestagfraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN

11

hantierte, zu sprechen. Das hat sie offensichtlich völlig verstört. Es war jedenfalls nicht möglich mit ihr zu kommunizieren. Der Geschäftsführer zeigte uns dann das Ausbildungszentrum, in dem auch gerade eine Mädchenklasse unterrichtet wurde. Er schilderte uns die Vorteile einer eigenen Berufsausbildung für das Unternehmen und kündigte an, dies auch ohne weitere ausländische Förderung fortzusetzen. Die Fahrt von Casablanca nach Rabat dauert etwa gut eine Stunde. Rabat ist im Gegensatz zu Casablanca (4,5 Mio. Einwohner) ein eher gemütliches Diplomatenstädtchen. Im Vergleich zu Algerien wirkt Marokko sehr westlich. Überall gibt es Einkaufsmöglichkeiten, Werbeplakate, Tankstellen und viele freie neue Straßen. Bis auf den arabischen Häuserstil hat es fast etwas Amerikanisches.

Der Botschafter Klemm und seine Frau hatte uns gemeinsam mit den hiesigen Vertreterinnen und Vertretern des Goetheinstitutes, der Kreditanstalt für Wiederaufbau, der Naumann-Stiftung und der Botschaft zum Abendessen eingeladen. Bei dem Gespräch ging es ausführlich um die Frage der Westsahara, nachdem uns der Botschafter den historischen Kontext in seiner ganzen Komplexität schilderte. Neu war mir daran, dass die Flüchtlingscamps der Polisario, auf einem Gebiet liegen, das zu alledem noch zwischen Algerien und Marokko streitig ist. Aus marokkanischer Sicht handelt es sich nicht um algerisches Gebiet. Auf dem Rückweg ins Hotel habe ich dort noch einmal eine Landkarte betrachtet und in der Tat festgestellt, dass in der Nähe von Tindouf keine Grenze zwischen Marokko und Algerien eingezeichnet ist. Dies ist eine weitere Facette dieses äußerst vielschichtigen internationalen Konfliktes.

Der heutige Tag war gefüllt mit Gesprächsterminen, die zeitlich nur deshalb zu schaffen waren, da unerwartet mindestens ein Termin ausfiel. Die Gespräche am Morgen haben wir mit dem Präsidenten des Parlamentes begonnen. Thema war die Frage der angestrebten Regionalisierung Marokkos. Die Marokkaner beschäftigen sich mit dem deutschen System des Föderalismus, da sie hoffen, damit eine Lösung für ihre südlichen Provinzen in der Westsahara zu finden. Weiteres Thema war die Gleichberechtigung der Frau. In den beiden gewählten Kammern des marokkanischen Parlamentes gibt es etwa 30 Parteien. Zum Thema Westsahara befragt, wurde der Präsident regelrecht emotional. Es habe in der Geschichte nie ein Land Westsahara oder eine Polisario vor 1974 gegeben. Auch ein saharisches Volk habe niemals existiert. Im Zuge der Dekolonialisierung habe Marokko es geschafft, alle Regionen im Dialog und ohne Krieg zurückzuholen. Marokko sei daher nicht mehr bereit, seine territoriale Integrität in Frage zu stellen.

Zur Entwicklung in den arabischen Nachbarländern erklärte er wie üblich, dass Marokko eben anders sei als die anderen Nachbarn. Seit 14 Jahrhunderten gäbe es diese stabile Monarchie vom Atlantik bis zum Atlasgebirge. Anders als die anderen Länder würde

11



Katja Keul

Mitglied des Deutschen Bundestages
Parlamentarische Geschäftsführerin
Bundestagfraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN

12

Marokko nicht vom Militär regiert. Was die Beziehung zu Deutschland betrifft, fordert auch er verstärkten wissenschaftlichen und akademischen Austausch.

Die Frauen in Marokko seien überall präsent und würden auch Verantwortung tragen. Es gäbe 34 Frauen im Parlament. Das sei eine Quote von 10 %. Der Menschenrechtsrat habe gerade erst heute eine neue Struktur und stärkere Kompetenzen bekommen. Als nächstes treffen wir zusammen mit dem Auswärtigen Ausschuss, der uns bereits in Berlin besucht hat.

Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses gehört zu einem unserer offensten Gesprächspartner, der einen sehr vertrauenswürdigen Eindruck macht. Auch er betont, wie anders Marokko von seinen Nachbarländern sei. Hier gäbe es nicht nur die Meinungs- und Pressefreiheit, sondern auch die Demonstrationsfreiheit, wie man unschwer jeden Tag in Rabat erkennen könne. Die problematische Vergangenheit habe man im Rahmen des Versöhnungsprozesses aufgearbeitet. Unter anderem interessieren sich nunmehr die Tunesier sehr für diesen marokkanischen Versöhnungsprozess. Marokko sei sehr interessiert an einem besseren Verhältnis zu Algerien. Die Verzweiflung über die geschlossene Grenze ist dem Vorsitzenden anzumerken. Die Schließung der Grenze ist eine wirtschaftliche Katastrophe für beide Länder. Um die Grenze zu überschreiten, muss man von Hauptstadt zu Hauptstadt fliegen und dann wieder zur Grenze mit dem Auto zurückkehren. Dies sei absurd. Auch im Kampf gegen den Terrorismus wäre es wichtig, dass die Länder hier gemeinsam arbeiten. Schließlich würde Al-Quaida von dem Konflikt nur profitieren. Was die Westsahara betrifft, seien sich parteiübergreifend alle Mitglieder des Ausschusses völlig einig. Keinesfalls würden die Ressourcen der Westsahara ausgebeutet. Es sei vielmehr umgekehrt: Durch hohe Investitionen Marokkos in die südliche Region hätten sich die Lebensverhältnisse dort erheblich verbessert. Die kürzlich erfolgte gewalttätige Eskalation bei der Räumung eines Lagers bestätigt er. Dies sei allerdings im Rahmen der Demonstrationsfreiheit nicht zu vermeiden gewesen, da sich gewalttätige Aktivisten der anfangs friedlichen Demonstration bemächtigt hätten. Es habe über diese Vorfälle auch einen Untersuchungsausschuss gegeben, der einen Bericht erstattet hat.

Die weibliche Abgeordnete Dr. Jamila El Mossalli promoviert derzeit über die Frauenbewegung und ist international auf vielen Konferenzen zu dem Thema präsent. Seit 2002 gäbe es eine Quote von 10 % Frauenanteil im Parlament. Bemerkenswert sei kürzlich der Anstieg auf lokaler Ebene, d. h., in den lokalen Parlamenten von 0,5 % auf 12 %. Auch gäbe es inzwischen 12 Botschafterinnen Marokkos. Sie strebt an, die Quote im Parlament auf 20 % zu erhöhen. Wichtiges Thema der Frauenbewegung sei vor allem die Bildung der Mädchen im ländlichen Raum. Auch sie ist der Auffassung, dass Marokko eine Ausnahme in der arabischen Welt sei. Hier gäbe es große politische Vielfalt und der König als Staatsoberhaupt sei sehr beliebt. Über die Westsahara könne man nicht reden, ohne über Algerien zu reden. Der UN-Kommissar dürfe nach wie vor nicht die Lager der Polisariier in

12



Katja Keul

Mitglied des Deutschen Bundestages
Parlamentarische Geschäftsführerin
Bundestagfraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN

13

Tindouf besuchen, um die Menschen zu registrieren. Gerade im Hinblick auf den anstehenden internationalen Frauentag, müsse sie noch einmal betonen, dass gerade die Frauenrechte in den Lagern der Polisario verletzt würden. Die Menschen würden dort zurückgehalten, die Kinder entführt und im Ausland geschult. Die Hilfsmittel der internationalen Gemeinschaft würde die Polisario verkaufen und zu Geld machen.

Der Abgeordnete Laabidi berichtet von der Arabischen Liga. Diese müsse sich dringend reformieren, da sie bislang die Staaten und nicht die Bevölkerung vertreten habe. Der kürzlich erfolgte Ausschluss Libyens aus der Arabischen Liga sei eine absolute Premiere. Jetzt müsse die Grundlage der Arabischen Liga neu beschrieben werden.

Beim Mittagessen mit den Abgeordneten verletze ich ein wenig die Gepflogenheiten, indem ich mich ein wenig aus den moderierten Tischgesprächen ausklinke und mit der Abgeordneten El Mossalli ein direktes Gespräch führe. Ich frage sie noch einmal anhand der Informationen meiner Kollegin Tack (SPD) über ihre Kenntnisse hinsichtlich der Polisario-Camps aus. Es ist ganz offensichtlich, dass sie den Informationen meiner Kollegin wenig entgegen zu setzen und keine eigenen Informationen neben der offiziellen Staatsversion hat. Auf die Nachfrage, wie sie sich die widersprüchlichen Informationen erklärt, weicht sie nur mit Gegenfragen aus. Offensichtlich ist sie nicht gewohnt, dass man die Regierungslinie derart in Frage stellt. Wir kommen dann zu dem Frauenthema, wo sich viel schneller eine nicht unbedingt einheitliche Meinung, aber eine interessante Diskussion entwickelt. Sie ist sehr daran interessiert, mehr über die Entwicklung der Quote und der Gleichberechtigung der Frauen zu erfahren. Sie würde auch gerne hierzu Deutschland besuchen. Dies ist auch ganz in meinem Interesse. So beschließen wir, hierzu in Kontakt zu bleiben. Schließlich nehmen wir wieder am moderierten Tischgespräch teil, dass aufgrund der Absage des Innenministers einen etwas weniger gedrängten und lockeren Verlauf nimmt. Die Abgeordneten sind daran interessiert, etwas über das deutsche föderale System zu erfahren. Sie hören von uns humorvolle Anekdoten zum Länderfinanzausgleich und zum föderalen Bildungssystem. Diesen - auch unter uns teilweise kontroversen - Diskussionen lauschen alle mit großer Begeisterung. Wir haben Gelegenheit zu einem kurzen Spaziergang zur Deutschen Botschaft, von wo aus wir dann zur Energieministerin fahren.

Die Innenstadt von Rabat macht einen sehr schicken und modernen Eindruck. Das Energieministerium hingegen weniger. Die Energieministerin war erst kürzlich zu Besuch in Berlin und berichtet davon, dass Marokko an deutschen Industriepartnern gerade im Bereich erneuerbarer Energien sehr interessiert ist. Es herrscht eine große Abhängigkeit von Energieimporten, da 97 % des Stromes importiert werden muss. Sie geht davon aus, dass sich der Bedarf bis 2030 noch verdreifachen wird. Marokko plant neben den erneuerbaren Energien (42 % aus erneuerbaren bis 2020) außerdem den Bau zweier Kohlekraftwerke. In den schriftlichen vorliegenden Zahlenübersichten findet sich auch eine Planung für

13



Katja Keul

Mitglied des Deutschen Bundestages
Parlamentarische Geschäftsführerin
Bundestagfraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN

14

Nuklearenergie ab 2020. Der Frage danach weicht sie allerdings aus. Das seien lediglich Planungen.

Wir sprechen Sie auf Ihren Besuch in Algerien an. Sie erzählt, dass der Energieaustausch mit Algerien gut klappt. Es gibt ebenso wie nach Spanien auch nach Algerien zwei Hochspannungsleitungen. Sie habe vorgeschlagen, zusammen mit den Algeriern eine gemeinsame Gesellschaft zu gründen. Mehrere marokkanische Minister hätten bereits ihre algerischen Kollegen eingeladen. Es liegt allerdings noch keine Antwort vor. Marokko sei sehr interessiert die Grenzen wieder zu öffnen.

Anschließend fahren wir ins Außenministerium und treffen eine Staatssekretärin. Diese zähle ich auch zu den besonders interessanten offiziellen Gesprächspartnern. Sie macht einen sehr offenen und vertrauenswürdigen Eindruck. Was nicht bedeutet, dass sie nicht zur Westsahara mit Vehemenz die Regierungsposition vertritt. Auch sie erzählt davon, dass die Menschen in den Camps festgehalten würden und die Kinder nach Kuba zur Ausbildung entführt würden. Die Frauen dürften keine Verhütungsmittel nehmen, da sie gezwungenermaßen Kämpfer für die Polisario gebären sollen. Dieser Teil der Schilderung hört sich bislang nicht wirklich nachvollziehbar an. Alle anderen Hintergründe zu dem Konflikt sind allerdings in ihrer Vielschichtigkeit durchaus nachvollziehbar. Da sie selbst das neue Familienrecht in Marokko angesprochen hat, frage ich an dieser Stelle noch einmal nach, und erfahre, dass im Hinblick auf das Sorgerecht an den Kindern die geschiedenen Frauen mindestens gleichberechtigt, wenn nicht besser gestellt seien. Beim Erbrecht sei eine Gleichstellung leider aufgrund der eindeutigen Regelung im Koran nicht möglich. Man könne dies jedoch durch eine testamentarische Regelung umgehen.

Am Abend treffen wir dann einige Vertreter von Menschenrechtsorganisationen und ich versuche die Widersprüche hinsichtlich der Camps der Polisario aufzuklären. Im Ergebnis ist festzuhalten, dass keiner in den letzten Jahren diese Camps überhaupt gesehen hat. Die Widersprüchlichkeiten wären daher nur letztlich durch einen direkten Besuch zu klären. Der Menschenrechtler Amin berichtet uns von einem ihm bekannten Journalisten, der in den letzten Jahren dort war und bei seiner Rückkehr berichtet hatte, er habe von den Zuständen, die die marokkanische Regierung schildert, nichts finden können. Insbesondere habe er nicht gesehen, dass dort Menschen gegen ihren Willen festgehalten werden. Diese Verlautbarungen haben dazu geführt, dass der Journalist strafrechtlich verfolgt wurde und ein zehnjähriges Berufsverbot bekommen hatte. Als Amin dann selber wiederum diesen Journalisten verteidigte und gegen die Verurteilung protestierte reisten 100 Aktivisten aus der Westsahara an, um vor seinem Büro zu demonstrieren. Amin selbst vertritt eine eher pragmatische Haltung zu diesem Konflikt. Er sagt, es käme ihm nicht in erster Linie auf die Frage der Unabhängigkeit und des Referendums an. Wichtig sei, dass sich beide Seiten in

14



Katja Keul

Mitglied des Deutschen Bundestages
Parlamentarische Geschäftsführerin
Bundestagfraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN

15

einem politischen Prozess einigten. Menschenrechtsverletzungen seien von Seiten der Polisario genauso zu verurteilen wie seitens der marokkanischen Regierung. Er selbst hat insgesamt 12 Jahre als politischer Häftling in marokkanischen Gefängnissen gesessen, weil er 1975 eine marxistische Zeitung gegründet hatte. Im Nachhinein habe er ein Rehabilitierungsverfahren durchsetzen können. Er wurde auch in gewissem Maße für die Haftzeit entschädigt. Auch er bestätigt uns, dass sich die Menschenrechtsslage im Vergleich zu der Zeit von vor 10 bis 15 Jahren schon deutlich verbessert habe. Auch wenn es nach wie vor regelmäßig Verhaftungen nach Demonstrationen gäbe. Er ist jedenfalls der erste klare Kritiker der Monarchie, der uns in diesem Land begegnet. Er beschwert sich darüber, dass der Monarch überhaupt exekutive Befugnisse habe. Kein Gesetz könne ohne Zustimmung des Königs verabschiedet werden. In jedes Strafverfahren könne der König willkürlich eingreifen. Diese Form sei eine absolute Monarchie und mit Demokratie nicht zu vereinbaren.

Den Samstagabend konnten wir in Marokko endlich einmal zur Besichtigung der Stadt nutzen. Wir haben zunächst die historischen Stätten in Rabat besichtigt und einen Gang durch die Altstadt, die Kasbah, machen können. Dabei fällt auf, dass die Altstadt keineswegs ähnlich verrottet wie in Algier, sondern freundlich weiß und blau gestrichen ist. Außerdem haben wir Gelegenheit über den großen Kunsthandwerksmarkt zu laufen. Es gibt von Lederwaren über Schmuck alles zu kaufen, was man erwartet. Es sind auch etliche Ausländer auf diesem Basar zu sehen. Auffällig ist die umfangreiche Bautätigkeit zwischen Rabat und der Schwesterstadt auf der anderen Seite des Flusses. Über das Tal werden neue Autobahnbrücken und Eisenbahnbrücken gebaut. Auf Nachfrage wird mitgeteilt, dass hier besonders Saudi Arabien investiere. Direkt neben einem großen Baugebiet an einem Yachthafen, essen wir in einem Fischlokal zu Mittag. An dieser Stelle wird das Stadtbild in zwei, drei Jahren ein völlig anderes sein. Von dort fahren wir mit dem Bus nach Casablanca und besichtigen die drittgrößte Moschee der Welt. Diese Moschee wurde von Hassan II. in den 80er Jahren erbaut und aus Spenden der Bevölkerung in Höhe von ca. 600 Mio. Euro finanziert. Die Größe und Schönheit dieses Gebäudes ist schlicht erschlagend. Auf den Stufen und den Plätzen rund um die Moschee sammelt sich an diesem sonnigen Nachmittag die Bevölkerung von Casablanca mit Kind und Kegel. Es drängt sich zwar einerseits der Gedanke auf, ob diese vielen Gelder nicht auch zum Bau von Schulen und zur Entwicklung im ländlichen Raum hätten genutzt werden können. Andererseits hat die Bevölkerung dieses Monument offensichtlich sehr positiv angenommen. Wir werfen noch einen Blick auf die Strandpromenade von Casablanca. Ein größeres Kontrastprogramm zu Algier ist kaum vorstellbar. Hier tummeln sich dichtgedrängt Familien und Jugendliche in den Eiscafés und in den Spiel- und Sportanlagen. Anschließend besteigen wir unser Flugzeug nach Mauretanien.

15



Katja Keul

Mitglied des Deutschen Bundestages
Parlamentarische Geschäftsführerin
Bundestagfraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN

16

Mauretanien (06 bis 08. März)

Wir erreichen Mauretanien in der Nacht gegen 0.00 Uhr an. Am Flughafen werden wir vom Botschafter und Mitgliedern der Deutsch-Mauretanischen-Parlamentariergruppe trotz der späten Abendzeit begrüßt.

Der arbeitsreiche Sonntag beginnt mit einem Briefing in der Deutschen Botschaft. Botschafter Blask gibt uns einen kurzen geschichtlichen und historischen Überblick. Zu den arabischen Ländern, in denen derzeit Aufstände stattfinden, unterscheidet sich Mauretanien durch Presse- und Meinungsfreiheit. Hinzu kommt, dass sich die mauretanische Bevölkerung nur teilweise der arabischen Welt zurechnet. Etwa ein Drittel der Bevölkerung ist nicht arabisch. Gegenüber Gaddafi habe man eine gewisse Dankbarkeit, da er eine beträchtliche Menge Geld ins Land gebracht und die Infrastruktur gefördert hat. Größte Ressourcen des Landes sind Eisenerz, Kupfer, Phosphate und vor allem Fischereikonzessionen. Das Potential für Landwirtschaft würde kaum genutzt. Über 90 % der Lebensmittel würden importiert. Öl und Gas werde derzeit noch in eher geringem Umfang gefördert. Die Mauretanier seien jedoch noch auf der Suche nach weiteren Fördermöglichkeiten. Größtes Problem für die Exporte sind sichere Transportwege. Die Sicherheitskräfte des kleinen und eher armen Landes sind mit dem Kampf gegen Al Qaida überfordert. Dennoch hätten sie es geschafft, Al Qaida in den Norden Malis zurückzudrängen. Die Einsätze jenseits der Grenze seien teilweise erfolgreich verlaufen. In den letzten 12 Monaten habe es 2 Attentatsversuche gegeben, die gerade noch rechtzeitig verhindert werden konnten. Allerdings seien diese Attentatsversuche von einem solch erheblichen Gewicht, dass man weiterhin von einer Gefährdung ausgehen müsse. Dementsprechend gelte weiterhin die Reisewarnung für die Grenzgebiete Mauretaniens. Auch der Botschafter reist im Land nur bei dringlicher Notwendigkeit. Seit den Präsidentschaftswahlen im August 2009 sei die politische Lage relativ stabil. Die Wahl sei allgemein als frei und gleich beurteilt worden. Die demokratischen Strukturen würden allerdings nach wie vor durch tribale Strukturen überlagert. Korruption sei nach wie vor ein großes Problem, welches vom Präsidenten allerdings ernsthaft angegangen würde. So wurden bei Aufdeckung gravierender Fälle auch Konsequenzen gezogen und Kündigungen ausgesprochen. Die Partei der Islambrüder im Land sei eher den gemäßigten Islamparteien zuzuordnen und grenzt sich klar von Al Qaida ab.

Von der Deutschen Botschaft aus fahren wir ins Parlament und treffen dort die Deutsch-Algerische-Freundschaftsgruppe. Diese betont ebenfalls das besondere Interesse an intensiveren Beziehungen mit Deutschland. Das besondere Interesse an Deutschland zieht sich wie ein roter Faden durch unsere Reise. Ich habe nicht den Eindruck, dass es sich hier nur um eine Höflichkeitsklausel handelt. Anders als in den ehemals kolonialen europäischen

16



Katja Keul

Mitglied des Deutschen Bundestages
Parlamentarische Geschäftsführerin
Bundestagfraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN

17

Mächten sieht man in Deutschland hier ein großes Vorbild. Die Parlamentarier sind sehr selbstbewusst und bezeichnen sich als politische Avantgarde des Landes. Die politischen Freiheiten wie Pressefreiheit, Meinungsfreiheit und die Freiheit der parlamentarischen Debatten sei etwas worauf sie stolz sind. Wichtig sei ihnen, dass bei der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung auf eine gerechtere Verteilung des Wirtschaftswachstums geachtet wird.

Ein großes Problem sei nach wie vor die Existenz von illegaler Sklaverei. Sie seien sich bewusst, dass im Bereich der Menschenrechte noch Aufholbedarf bestehe. Was die Gleichberechtigung der Frau betrifft, besteht auch bei den weiblichen Abgeordneten wenig Problembewusstsein. Sie halten es für völlig ausreichend, mit einer Quote von 20 % im Parlament vertreten zu sein und dass es hohe Verwaltungsposten und Botschafterposten in Frauenhand gibt. Auf Nachfrage stellt sich allerdings raus, dass im Familienrecht ganz klar die Scharia vorherrscht. Die Frau kann sich ohne Einverständnis des Mannes nicht scheiden lassen, es sei denn, sie kann die Gewalttätigkeit des Mannes nachweisen. Auch gibt es keine gleichen Rechte im Hinblick auf das Erbrecht. Die beiden weiblichen Abgeordneten versuchen mir allerdings beim Mittagessen zu dem Thema zu erklären, dass dies aus ihrer Sicht kein Problem sei.

Ein ganz großes Problem sind die Verträge über die Fischereirechte, die mit der EU abgeschlossen wurden. Zu Recht weisen die mauretanischen Parlamentarier strikt zurück, dass die Ausgleichszahlungen als Entwicklungshilfe betrachtet werden. Es sind selbstverständlich Handelsabkommen, denen eine erhebliche Gegenleistung gegenüber steht. Mauretanien erhält von der EU etwa 80 bis 86 Mio. Euro an Ausgleichszahlungen. Die Fischereiflotten Spaniens, der Niederlande und Litauen profitieren am meisten von den Fischereirechten. Leider ist die Einhaltung der entsprechenden Quoten nur schwer zu gewährleisten. Nahezu alle Fischer neigen dazu, zu schummeln und sich zu bedienen. Das gilt vor allem aufgrund des technischen Vorteils, den sie gegenüber der mauretanischen Flotte haben, die klein und eher schlecht ausgestattet ist. Sie bedanken sich allerdings für die Hilfe Deutschlands bei der Kontrolle der Meere. Das mauretanische Parlament tagt an zwei Sektionen / Sitzungen im Jahr, von denen jede nicht mehr als 60 Tage dauert. Der Präsident kann außerordentliche Sitzungen von bis zu 30 Tagen im Jahr zusätzlich einberufen. Die Abgeordneten haben keine wesentliche Unterstützung in ihrer Arbeit. Die einfachen Abgeordneten haben kein Büro und keine Mitarbeiter. Auf Nachfrage erklären sie, dass sie ihr Budget zwar selbst festlegen könnten, dass aber in Anbetracht der Armut des Landes noch andere Prioritäten zu beachten seien. Das Parlament hat 5 Ausschüsse. Diese Ausschüsse haben auch Büros und Assistenten. Die Vollversammlung des Parlamentes tagt in einem alten Theater, welches wir uns bei der Gelegenheit im Anschluss an das Gespräch gleich selber ansehen können. Alle Räumlichkeiten machen einen sehr einfachen, improvisierten Eindruck.

17



Katja Keul

Mitglied des Deutschen Bundestages
Parlamentarische Geschäftsführerin
Bundestagfraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN

18

Die Lebensmittelversorgung des Volkes war zu früheren Zeiten durch die großen Herden sichergestellt. Die Mauretanier haben sich mit Milch und Fleisch versorgt. Nach den großen Dürren seien viele Herden verhungert und die Menschen in die Städte gezogen. Da sie jetzt ihre Lebensgewohnheiten weitgehend umgestellt haben, müssen nun Lebensmittel importiert werden. Potential für Landwirtschaft gäbe es allenfalls im Süden Richtung Senegal. Dieses Potential hat man allerdings noch nicht realisieren können.

Nicht zuletzt wünschen sich die Abgeordneten einen stärkeren Austausch mit Deutschland, um von den parlamentarischen Strukturen zu lernen. Sie weisen stolz darauf hin, dass es ihnen vor 2 Jahren gelungen sei, per Misstrauensvotum eine Regierung zu stürzen. Es stellt sich aber im weiteren Verlauf heraus, dass diese Version nicht den Tatsachen entspricht. Im Anschluss kommen die Vertreter des Auswärtigen Ausschusses und des Ausschusses für Justiz, Verteidigung und Inneres dazu. Hier sprechen wir noch einmal das Problem Westsahara an. Die Position Mauretaniens bezeichnen die Parlamentarier als eine ‚positive Neutralität‘. Damit meinen sie eine aktive Neutralität. Sie unterstützen Verhandlungen beider Seiten, um eine Lösung des Konfliktes. Sie seien also nicht untätig. Sie ergreifen jedenfalls nicht Position einer Seite. Beim Mittagessen kann ich hier von einigen Abgeordneten mehr erfahren. Es wird deutlich, dass keiner von ihnen die marokkanische Version der unterdrückten Frauen und entführten Kinder teilt. Allerdings macht der Abgeordnete, aus der Nähe von Tindouf, der die Situation gut kennt, darauf aufmerksam, dass auch im Gespräch mit Vertretern der Polisario jede Menge Vorwürfe gegen die Marokkaner vorgetragen würden, die auch nicht immer ganz plausibel seien.

Ein Zitat bleibt mir besonders in Erinnerung. Eine Abgeordnete weist darauf hin, dass ihr Land in zweierlei Hinsicht paradox sei. Das eine seien die wunderbaren weißen Sandstrände, die sie allerdings als islamische Frauen niemals zum Baden nutzen würden. Andererseits gäbe es vor ihren Küsten große Fischbestände. Die Bevölkerung würde allerdings nie Fisch essen, da sie sich traditionell von Fleisch ernähre. Es gäbe inzwischen staatliche Kampagnen, um die Gewohnheiten der Bevölkerung umzustellen, und sie zu motivieren Fisch zu essen. Was die Badestrände betrifft, erwähnt sie die Idee Strandabschnitte für Frauen zu reservieren. Ich ermutige sie in dieser Hinsicht und weise darauf hin, dass es solche ausgewiesenen Strandabschnitte in Europa seit den 70er Jahren beispielsweise für Nudisten gegeben habe. Das erheitert die beiden Abgeordneten sehr. Sie kündigen an, erst einmal mit Frauenbadestränden zu beginnen. Sehr beeindruckend ist nachher auch das Gespräch mit dem Parlamentspräsidenten, der aussieht wie Morgan Freeman und einen sehr weisen Eindruck macht. Zum Thema der demokratischen Entwicklung äußert er unter anderem: „Die größte Herausforderung sind wir Mauretanier selber.“ Er erkennt sehr gut, was sie selbst schon an demokratischen Strukturen erreicht haben und was sich noch am

18



Katja Keul

Mitglied des Deutschen Bundestages
Parlamentarische Geschäftsführerin
Bundestagfraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN

19

Selbstverständnis der Parlamentarier ändern müsse. Was Libyen betrifft, weist er auf eine Resolution des Parlamentes hin, welche das Regime Gaddafis ganz klar verurteile. Er macht deutlich, dass sie auf der Seite des Volkes stünden, auch wenn sie in der Vergangenheit auch viel Unterstützung durch Gaddafi erhalten hätten.

Anschließend sprechen wir noch mit dem Vizepräsidenten des Senats, der 2. Kammer des Parlamentes. Die Senatoren werden von den Regionalparlamenten, also indirekt, alle 6 Jahre gewählt. Der Senat besteht kontinuierlich und kann nicht aufgelöst werden. Es werden alle 2 Jahre ein Drittel des Senats gewählt. Das Mindestalter für einen Senator ist 35, im Gegensatz zu einem Abgeordneten, der auch 25 sein kann. Auch in dieser Kammer besteht eine Frauenquote von 20 %, die bei der Wahl über eine nationale Liste sichergestellt wird. Beide Häuser sind gleichberechtigt und haben dieselbe Ausstattung. Bei widersprüchlichen Entscheidungen entscheidet ein Vermittlungsausschuss. Anders als im Parlament steht dem Senat allerdings kein Misstrauensantrag zu.

Sollten sich die Kammern nicht auf einen Haushalt einigen, gibt es keinen Vermittlungsausschuss sondern der Staatspräsident kann dann den Haushalt durchsetzen. Sonntagabend sind wir in der Residenz des deutschen Botschafters eingeladen. Wir sind verblüfft, dass uns im kleinsten Land unserer Reise der größte Empfang bereitet wird. Nicht etwa 3 oder 4 Vertreter sind vor Ort, sondern 150 geladene Gäste. Der Empfang findet im Garten der Residenz statt. Es sind Botschafter aus allen möglichen Ländern vor Ort, Vertreter der Zivilgesellschaft, Menschenrechtsaktivisten und sonstige Mitglieder der deutschen Community. Am längsten unterhalte ich mich mit einer mauretanischen Anwältkollegin, Frau Fatimata Mbaye. Eine beeindruckende Frau in bunten Gewändern, die den Nürnberger Menschenrechtspreis verliehen bekommen hat. Sie ist die einzige Rechtsanwältin die Mauretanien vor dem Gericht auftritt. Sie vertritt in erster Linie straffällige Kinder und Jugendliche sowie geschiedene Frauen. Auch hier ist die Ehescheidung nur mit Zustimmung des Ehemannes möglich. Grundsätzlich hat zwar die Frau das Sorgerecht für die Kinder. Um sich gegen den Willen des Ehemannes scheiden zu lassen, muss sie jedoch oft Konzessionen machen, entweder Geld bezahlen oder das Sorgerecht für die Kinder hergeben. Gewalt in der Familie ist ein großes Problem. Ich erfahre den Unterschied zwischen Regeln die im Koran stehen und den Regeln der Scharia. Von der Scharia kann man durch staatliche Gesetze auch abweichen. Probleme gibt es allerdings beim Erbrecht, da die Erbnachfolge im Koran ausdrücklich geregelt ist.

Am Montagmorgen besichtigen wir ein Brunnenbau-Projekt, das von der Bundeswehr hier in Mauretanien durchgeführt wird. Es handelt sich eigentlich um ein ziviles Projekt. Die Gelder werden vom Auswärtige Amt zur Verfügung gestellt. Das Material wurde vor 5 bis 6 Jahren von der Bundeswehr den mauretanischen Streitkräften übergeben und auch das Personal

19



Katja Keul

Mitglied des Deutschen Bundestages
Parlamentarische Geschäftsführerin
Bundestagfraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN

20

dafür geschult. Da zwischenzeitlich die Brunnenbaugeräte nicht mehr funktionsfähig waren, ist nun noch einmal im Rahmen der Nachsorge eine umfangreiche Reparatur und Instandsetzung bewilligt worden. Im ganzen Land wurden insgesamt 800 Brunnen in den Wüstenregionen gebaut. Diese dienen vor allem den Nomaden zur Versorgung ihrer Tiere und ihrer selbst. Trotz eines entsprechenden Antrages wird weitere Nachsorge langfristig nicht bewilligt. Es ist daher absehbar, dass die Fortsetzung des Projektes begrenzt ist, da die mauretischen Streitkräfte nicht in der Lage sind, die Instandsetzung und Wartung der komplexen Fahrzeuge selbst zu übernehmen.

Als nächstes empfängt uns der Premierminister. Wie üblich schildert auch er uns die Besonderheit seines Landes im Vergleich zur restlichen arabischen Welt. Auf meine Frage nach den Frauen antwortet er ebenfalls völlig ohne Problembewusstsein. Die Frauen Mauretaniens seien schon immer sehr frei und stark gewesen. Es gäbe hier keinerlei Probleme wie in anderen arabischen Gesellschaften, in denen die Frau zu Hause bleiben müsse. Auf meine Frage, warum es keine einzige weibliche Richterinnen gibt, reagiert er ganz erstaunt. Es sei ihm noch gar nicht bewusst gewesen, dass es in diesem Amt keine Frauen gäbe. Zum Mittagessen treffen wir einige Mitglieder der ‚Ancien Allemand‘. Dies ist die Vereinigung ehemaliger Studenten, die in Deutschland studiert haben. Sie freuen sich alle mit uns einmal wieder deutsch reden zu können. Es sind u.a. Ingenieure dabei, ein Journalist und eine Bürokauffrau. Die meisten von ihnen studierten vor 1994 mit einem Stipendium der Karl-Duisburg-Gesellschaft in Deutschland. Diese Programme endeten 1994. Seitdem können keine Studenten mehr in Deutschland studieren. Die Anforderungen sind so hoch, dass kein Mauretanier diese erfüllen kann. Für ein Studienvisa müssten die Studenten eine Sicherheit in Höhe von 8.000 Euro auf einem Treuhandkonto hinterlegen. Ebenso wie in Algerien scheint mir auch hier dringender Handlungsbedarf zu sein.

Während des Mittagessens verfolge ich ein interessantes Streitgespräch zwischen dem Botschaftsmitarbeiter Herrn Ba und unseren Gastgebern. Dabei geht es um die Umstände des Putsches von 2008. Der deutschsprachige Ingenieur besteht auf der Version eines Misstrauensvotums durch das Parlament. Herr Ba klärt uns allerdings sehr überzeugend und detailreich darüber auf, dass es keinesfalls so gewesen sei. Vielmehr habe es sich um einen Militärputsch gehandelt, nachdem der Präsident den Premier und einige Generäle des Militärs entlassen hatte. Richtig ist lediglich, dass das Parlament anschließend den Militärputsch gebilligt habe. Bei dieser Gelegenheit stelle ich fest, dass Herr Ba der ehemalige Pressesprecher des geputschten Präsidenten gewesen ist. Seine Insiderkenntnisse sind wichtig, um die Hintergründe der Geschehnisse nachvollziehen zu können.

Nach dem Mittagessen empfängt uns die Außenministerin. Ihre Einlassungen zur allgemeinen politischen Lage sind eher vage. Sie berichtet von den engen Beziehungen

20



Katja Keul

Mitglied des Deutschen Bundestages
Parlamentarische Geschäftsführerin
Bundestagfraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN

21

Libyens zu Mauretanien. Dies hindere Mauretanien jedoch nicht, die Geschehen in Libyen zu kritisieren. Die Resolution der Arabischen Liga sei klar und eindeutig gewesen. Allerdings macht sie Andeutungen, dass sich im Osten Libyens die Al Quaida einnisten könnte. Dies zeigt ihr durchaus ambivalentes Verhältnis zum libyschen Regime. Auch das anschließende Gespräch mit dem Finanzminister ist nicht allzu ergiebig. Er erläutert uns, sein Land sei überall völlig sicher. Sicherheit sei kein Problem. Man habe Al Quaida deutlich machen können, dass Mauretanien kein Ort für Terroristen sei. Der Tourismus kehre daher jetzt auch langsam zurück. Diese Darstellung grenzt an Realitätsverlust.

Wir fahren anschließend zum Umweltminister Mauretaniens, der erst seit einem Monat im Amt ist und uns in einer Art Garage empfängt. Wir müssen uns an seiner Staatskarosse (alles chinesische Geschenke) vorbei drängen, um in den engen Raum zu gelangen. Das Gespräch wird mehrfach unterbrochen, weil er ans Telefon gehen muss. Er berichtet, es sei nunmehr ein Umweltausschuss auch des Parlamentes gegründet worden sei, mit dem er sich wöchentlich bespricht. Man arbeite derzeit an einem Aktionsplan. Er berichtet von einem Projekt, welches sich ‚Grüner Gürtel‘ nennt. Dabei handele es sich um geplante Bepflanzungen eines Gürtels von Dakar bis Dschibuti über 7.000 km, an dem 11 Länder beteiligt sind. Die Zusammenarbeit mit der GIZ laufe hervorragend. Die GIZ habe sogar ein eigenes Büro im Umweltministerium, so dass man regelmäßig zusammen arbeiten könne. Zuletzt statten wir noch dem örtlichen Museum einen Besuch ab. Dabei handelt es sich um ein liebevoll eingerichtetes kleines Heimat- und Naturkundemuseum. Wir erhalten eine Blitzführung des Direktors. Das touristische Potential beschränkt sich auch bei diesem Land offensichtlich nicht nur auf die Sandstrände. Es gibt etliche historische Stätten und Ausgrabungen von 2.000 bis 4.000 v. Chr. Zum Abschied erhalten wir sogar noch ein Geschenk. Für die Frauen gibt es Schmuck, für die Männer Kopftuchbänder.

Der Montagabend ist einer der beeindruckendsten Abende dieser Reise. Die GIZ hat etwa 10 bis 20 Vertreter der hiesigen Zivilgesellschaft eingeladen und zu diesem Zweck ein großes traditionelles Zelt aufgebaut. Der Boden ist mit Teppichen ausgelegt und wir sitzen in 6 Gruppen um niedrige Tische. Es ist ein Buffet angerichtet. Insgesamt 3 Vertreter stellen ihre Projekte vor. Als erstes berichtet ein Menschenrechtsanwalt über das nach wie vor bestehende Problem der Sklaverei in Mauretanien. In Mauretanien ist die Sklaverei seit hunderten von Jahren traditionell verankert. Wahrscheinlich haben hier die europäischen Kolonialmächte das Prinzip entdeckt und übernommen. Die Sklaverei ist seit 1981 formell verboten und seit 2007 sanktioniert. Die mauretanische Gesellschaft ist durch und durch rassistisch. Die hellhäutigen Mauren haben von jeher die Schwarzafrikaner unterdrückt und versklavt. Nach wie vor ist es so, dass Kinder der Sklaven von Anfang an auch im Eigentum der Herren stehen. Sie dürfen nicht zur Schule gehen, dürfen nicht ohne Zustimmung des Herrn heiraten und können auch verkauft werden. Trotz des Verbots gewährt der Staat keinerlei Unterstützung für ehemalige Sklaven. Diese sind in der Regel nicht in der Lage ihre

21



Katja Keul

Mitglied des Deutschen Bundestages
Parlamentarische Geschäftsführerin
Bundestagfraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN

22

Rechte selbst wahrzunehmen und wirtschaftlich völlig abhängig. Sie tragen die volle Beweislast vor Gericht für die Tatsache der Sklaverei, ohne dass ihnen eine staatliche Ermittlung zur Seite steht. Der Anwalt berichtet, dass es noch nicht gelungen ist, einen solchen Fall vor Gericht zu bringen, da diese Fälle dort nicht angenommen werden. Er gehe davon aus, dass nach wie vor auch viele Mitglieder der Regierung Sklaven haben. Durch die Verbote der letzten Jahre ist es nun so, dass die Sklaverei nicht mehr offen stattfindet, sondern im Geheimen stattfindet.

Als zweites berichtet eine Frauenrechtlerin über das Familienrecht. Auf Nachfrage entspannt sich eine sehr lebhaft Diskussion um das Erbrecht im Koran. Hier wird trotz aller Kritik wieder deutlich, dass alle sich darüber einig sind, dass nicht von der Erbfolge des Korans abgewichen werden könne. Dies sei einem Moslem schlicht unmöglich. Man könne lediglich daran arbeiten, die hier entstandenen traditionellen Regelungen anzupassen. Es wird auch Kritik laut, der Westen würde seine Vorstellungen von Gleichheit und Freiheit den islamischen Völkern aufoktroieren. Viele islamische Frauen halten die Drittelregelung im Erbrecht für nicht ungerecht und erklären dies damit, dass der mehr erbende Bruder auch für seine Schwester aufkommen müsse.

Der dritte Vortrag behandelt das Problem der Genitalverstümmelung bei Frauen. Diese Verstümmelung ist gesetzlich noch nicht formell verboten. Es gibt allerdings eine religiöse Fatma, mit der die Religionsgelehrten diesen Brauch untersagt haben. Dennoch findet er in 7 von 13 Provinzen statt. In diesen Provinzen sind so gut wie alle, d. h., 100 % der Mädchen betroffen. Die etwas ältere Menschenrechtsaktivistin, die mit ihrer Organisation gegen die Genitalverstümmelung vorgeht, berichtet uns von den gesundheitlichen und gesellschaftlichen Folgen der Genitalverstümmelung. Viele Frauen würden krank davon. Manche Ehen würden bei der Frage auseinandergehen, ob die Töchter beschnitten werden sollen. Es fällt auf, dass bei aller drastischen Beschreibung hier der Aspekt des Sexuallebens nicht einmal erwähnt wird. Möglicher Weise liegt dies daran, dass die meisten Frauen schlichtweg nicht mehr wissen, was das ist. Meine Gesprächspartnerinnen schätzen die Quote auf 70 % in Mauretanien. Auch die Frauen sind sehr an Deutschland interessiert und würden sich gerne weiter international vernetzen.

Dienstagmorgen, 8. März 2011, beginnen wir unser Programm mit einem Besuch bei Menschenrechtskommissar Ould Khattra. Dies ist eine interessante Wendung. Hier hört sich die Lage zur Sklaverei und zur Genitalverstümmelung der Frau gänzlich anders an als am Vorabend. Er habe keinerlei Bedenken was die Umsetzung des geplanten Gesetzes gegen die Genitalverstümmelung betrifft. Sobald es erlassen wird, würde es auch unmittelbar umgesetzt. Eine Strafbarkeit sei darin auch vorgesehen. Wie er dies bei einer Quote von 70 % betroffener Frauen realisieren will, bleibt schleierhaft. Aus seiner Sicht ist die Tatsache,

22



Katja Keul

Mitglied des Deutschen Bundestages
Parlamentarische Geschäftsführerin
Bundestagfraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN

23

dass bislang keine Fälle von Sklaverei vor Gericht verhandelt wurden ein Zeichen dafür, dass es die Sklaverei eben nicht mehr gäbe. Die NGOs würden uns eben nicht die volle Wahrheit sagen. Deren Motivation sei es, bei solchen Prozessen als Nebenkläger aufzutreten. Den Gesetzesentwurf zur Genitalverstümmelung hatte er nicht einmal gelesen und verweist uns auf seinen Fachdirektor.

Das gleiche spielt sich auch beim anschließenden Termin im Fischereiministerium ab. Immerhin ist dieses Ministerium im größten Gebäude untergebracht, das wir bisher besuchen konnten. Ein Mitarbeiter des Ministers schildert uns die Methoden des Ressourcenmanagements. Es gäbe eine strenge Quote und eine große Schutzzone, die ein Sechstel der gesamten Küstengewässer umfasse. Bis auf die Tintenfische seien auch alle Fischbestände nachhaltig gesichert. Es gäbe hier höhere Standards als bei allen anderen Nachbarländern. Auch die Kleinfischerei der eigenen Einwohner wäre besonders geschützt.

Erfreulicher Weise haben wir als nächstes einen Termin mit den Oppositionspolitikern. Zunächst begrüßt uns der Vorsitzende der RFD (Rassemblement de Forces Democratique), Herr Ould Daddah, in seinem Büro. Es ist das erste Mal, dass das große Problem der Arbeitslosigkeit der Jugend angesprochen wird. Er spricht von einer großen Depression im Lande. 75 % der Bevölkerung ist unter 30. Es gäbe einen Bedarf von mindestens 100.000 Arbeitsplätzen. Das Land würde seit 1978 durchgehend von den Militärs regiert. Militärisch seien nach wie vor die Strukturen und die Methoden der Regierung. Nach der Wahl 2007 wären große Hoffnungen in die zivile Regierung gesetzt worden. Bis dann realisiert wurde, dass doch nach wie vor dieselben Generäle das Sagen hätten. Der Präsident habe hier keine Änderung durchsetzen können. Als er einige Generäle entlassen wollte, wurde geputscht. Das Parlament hat damals dann dem Putsch zugestimmt, wobei man sagen muss, dass es nach seiner Sicht auch keinerlei freien Wahlen gegeben habe, die ein unabhängiges Parlament hervorgebracht hätten. Auch im August 2009 habe erneut das Militär schlicht seine eigene Wahl organisiert. Auf Nachfrage erfahren wir, dass die Opposition tatsächlich so etwas wie ein Programm entwickelt hat. Sie wollen echte Bürgerbeteiligung. Sie haben ein soziales, kulturelles und wirtschaftliches Programm zur Integration ehemaliger Sklaven entwickelt. Es reiche eben nicht, die Sklaven nur frei zu lassen. Sie bräuchten auch eine staatliche Förderung, um sich eine eigene Existenzgrundlage aufzubauen. Zur Frage der Medien erklärt uns Herr Daddah, Fernsehen und Radio seien völlig in staatlicher Hand. Dort hätten sie als Oppositionelle kein Rederecht. Bei der schriftlichen Presse sei es unterschiedlich. In der staatlichen Zeitung können sie sich nicht frei äußern. Es gibt jedoch noch alternative Medien, besonders das Internet. Letztlich beschreibt er die Demokratie in Mauretanien als Fassade. Weder die Wahlen 2007 noch die Wahlen 2009 waren freie und gleiche Wahlen. Daher sind dort auch nur gefügige Parlamentarier vorhanden. Wir setzen das Gespräch beim Essen fort, zu dem auch noch weitere oppositionelle Politiker hinzu stoßen. Ich habe die Gelegenheit mich am Tisch mit einer Senatorin und einem

23



Katja Keul

Mitglied des Deutschen Bundestages
Parlamentarische Geschäftsführerin
Bundestagfraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN

24

außerparlamentarischen Oppositionsführer, Herrn Mohamed Vall Ould Lekoueiry, zu unterhalten. Auch sie bestätigen, dass die Wahlen keinesfalls nach internationalem Standard abgelaufen seien. Der jetzige Präsident wurde von Gaddafi hofiert, der auch den Wahlkampf finanziert hat. Gaddafi sei persönlich aufgetaucht und habe Wohltaten verteilt. Der Präsident sei absolut unfähig einen Staat zu organisieren. Er delegiere nicht an seine Minister, die nicht einmal richtige Ministerien hätten. Er sei der Meinung, sämtliche Alltagsgeschäfte selbst organisieren zu müssen. Die Kernforderung der Opposition ist die Aufnahme des Dialoges zwischen Regierung und Opposition, wie sie in dem Dakarprozess 2008/2009 vereinbart worden war. Die Regierung lehnt diesen Dialog mittlerweile ab mit dem Hinweis, es gäbe ja nun ein frei gewähltes Parlament. Die Opposition hat seinerzeit diese Wahl aber lediglich akzeptiert, um endlich mit dem Dialog voranzukommen. Letztlich ist die Frage, ob der Präsident Abdelaziz überhaupt in der Lage ist, einen demokratischen Prozess einzuleiten oder ob nicht vielmehr Neuwahlen erforderlich sind. Auf die Frage, ob ihnen EU-Sanktionen eher helfen oder schaden würden, ist die Antwort relativ eindeutig. Je mehr Druck von der EU ausgeübt würde, umso besser. Auf die EU Gelder käme es nicht so wirklich an, da diese ohnehin vom Regime veruntreut würden und nicht beim Volk ankämen. Meine Gesprächspartner erscheinen mir sehr kompetent und vertrauenswürdig, zumal viele ihrer Beurteilungen und Analysen sich mit dem decken, was wir in den letzten 3 Tagen selbst beobachten konnten. Sie bestätigen beispielsweise auch ungefragt, dass die Hauptverbindung zu Gaddafi immer die jetzige amtierende Außenministerin gewesen sei. - Sie sei während ihrer Amtszeit bereits monatelang in Libyen gewesen.

Nach dem Mittagessen besuchen wir ein KfW-Projekt, bei dem Mauretanien Radarstationen zur Fischereikontrolle zur Verfügung gestellt werden. Obwohl die Fischgründe eine der größten Ressourcen des Landes sind, blieben sie lange Zeit weitgehend unbeachtet, da die Mauretanier selbst traditionell keinen Fisch gegessen haben. Erst 1981 hat man die Fischgründe als Ressourcen des Landes für sich entdeckt. Seit 1989 hilft Deutschland bei der Überwachung der Fischgründe sowohl in technischer als auch in finanzieller Hinsicht. Seit neuestem ist die Einheit zur Fischereiüberwachung außerdem auch noch zur Eindämmung der illegalen Immigration unterwegs. Wir erfahren, dass eines der beiden Hochseeschiffe defekt ist und dringend ersetzt werden muss. Auch sind 2 von 6 Radarstationen reparaturbedürftig.

Im Anschluss daran haben wir Gelegenheit, den örtlichen Fischmarkt am Strand zu besichtigen. Die malerische Kulisse ist wunderschön. Dennoch ist die Armut der Bevölkerung nicht zu übersehen. Am Strand sind wir von Sicherheitskräften umgeben, die uns nicht von der Seite weichen. Dieses Bild von landschaftlicher Schönheit und bedrückender Unfreiheit bleibt das richtige Abschlussbild für diese Reise. Ich verlasse dieses Land in der Hoffnung, eines Tages zurück zu kommen und dann ein freieres und demokratischeres Land zu sehen. Dies haben die Mauretanier sicherlich nicht nur allein in der Hand. Ihr Schicksal wird in den

24



Katja Keul

Mitglied des Deutschen Bundestages
Parlamentarische Geschäftsführerin
Bundestagfraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN

25

nächsten Monaten auch von den Entwicklungen im restlichen Nordafrika, vor allem von Algerien und Libyen, geprägt bleiben.

Es war auf jeden Fall von immensem Vorteil die Sprache so zu beherrschen, dass auch neben den offiziellen Gesprächen informelle Tischgespräche erfolgen konnten. Ich habe so viele Kontakte geknüpft und hoffe, dass einige davon auch erhalten bleiben können.